

# Kroatien

## Visnja Samardzija\*

Die Parlamentswahlen am 8. November 2015 waren die ersten seit Kroatiens EU-Beitritt im Jahre 2013. Die Wahlen brachten jedoch keinen klaren Sieger hervor, denn keine Partei konnte die notwendige Mehrheitsschwelle von 76 Sitzen erreichen. Die Patriotische Koalition unter Führung der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) gewann 59 Mandate, während die Koalition Kroatien Wächst, geführt von der Sozialdemokratischen Partei (SDP), auf 67 Sitze im Parlament kam. Drittstärkste Kraft wurde die reformorientierte Partei Brücke der unabhängigen Listen (MOST) mit 19 Sitzen, wodurch sie als Königsmacherin der anschließenden Regierungsbildung fungierte. Nach sechswöchigen Sondierungsgesprächen und zähen Verhandlungen beauftragte die kroatische Präsidentin Tihomir Orešković, ein von den Parteien unabhängiger kroatisch-kanadischer Manager, mit der Regierungsbildung. Nach dem Zusammenschluss von HDZ und MOST zu einer Regierung der nationalen Einheit wurde Orešković als Premierminister am 22. Januar 2016 vereidigt. Im Fokus des Regierungsprogramms stehen ambitionierte Wirtschaftsreformen, um das Haushaltsdefizit auf unter 3 Prozent und die öffentliche Verschuldung bis 2020 auf unter 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken. Geplagt von internen Zerwürfnissen erwies sich die Einheitsregierung jedoch bereits im Juni 2016 als handlungsunfähig. Anfang Juni appellierte der Premierminister daher an die Parteivorsitzenden der HDZ und MOST, ihre Ämter niederzulegen, um den politischen Stillstand des Landes zu überwinden. Die Regierungskrise wurde durch die Amtsenthebung des in einen Korruptionsskandal verwickelten HDZ-Parteivorsitzenden Tomislav Karamarko weiter verschärft. Am 16. Juni verlor Orešković die Vertrauensfrage im Parlament. Die vorgezogenen Neuwahlen finden im September statt.

### Haushaltspolitische Herausforderungen des Europäischen Semesters

Nach sechsjähriger Rezession wuchs die kroatische Wirtschaft 2015 um 1,8 Prozent und somit schneller als prognostiziert. Das Wachstum wurde von makroökonomischen Entwicklungen und einer erhöhten Binnennachfrage im Lande gestützt. Das Haushaltsdefizit soll laut Prognosen 2016 wieder den EU-Defizitregeln von maximal 3 Prozent entsprechen. Kroatiens Staatsverschuldung von 86 Prozent des BIP bleibt laut Europäischer Kommission das größte Problem. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschriebene Obergrenze von 60 Prozent hat Kroatien seit dem EU-Beitritt 2013 jedes Jahr überschritten. Die Kommission hat daher bereits 2013 ein Defizitverfahren eingeleitet. Die alljährlichen länderspezifischen Empfehlungen der Kommission attestierten Kroatien zwar einige Fortschritte beim Insolvenzrecht und im Finanzsektor, jedoch nur minimale Verbesserungen in den Bereichen Finanzen und Steuern, Rente, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsmarkt und Verwaltung, der staatlichen Unternehmen, im Dienstleistungssektor sowie der Justiz.<sup>1</sup>

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Leonard Schütte und Julia Klein.

1 Visnja Samardzija/Ivana Skazlic: Comparing the Economic Governance in the New EU Member States – Is the European Semester a Success or Failure?, May 2016.

Die Parlamentswahlen scheinen einer der Gründe für die verspätete Umsetzung der Reformagenda zu sein. Die Regierung verabschiedete das nationale Reform- und Konvergenzprogramm für die Jahre 2016 bis 2019 im April 2016. Makroökonomische Stabilität und finanzpolitische Nachhaltigkeit, ein verbessertes Investitions- und Unternehmensklima, erhöhte Effizienz und Transparenz im öffentlichen Sektor sowie eine Angleichung des Bildungssystems an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts wurden als Kernziele definiert. Im Mai 2016 wurde ein weiteres Reformprogramm in den Bereichen Haushalt, Rentensystem, Arbeitsmarkt, öffentliche Verwaltung und Justiz verabschiedet. Die zeitnahe Umsetzung der Strukturreformen ist entscheidend für die wirtschaftliche Erholung des Landes.

### **Die Migrationskrise**

Die Migrationskrise erfasste Kroatien am 16. September 2015, nachdem die ungarischen Behörden die ungarisch-serbische Grenze durch einen Zaun geschlossen hatte. Die Maßnahme stellte Kroatien während des Wahlkampfs vor große organisatorische sowie innen- und außenpolitische Herausforderungen. Die Konsequenz aus der Grenzschließung war, dass die sogenannte Balkanroute durch Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien zur primären Flüchtlingsroute wurde. Zwischen dem 16. September 2015 und dem 5. März 2016 haben laut kroatischen Behörden 658.068 Migranten und Flüchtlinge – rund 5.500 täglich – die kroatische Grenze überquert<sup>2</sup>. Ähnlich wie die anderen Anrainer der Balkanroute stellt Kroatien ein Transitland für Flüchtlinge dar, die das Land zumeist gen Westeuropa verlassen, bevor ihr Asylantrag bearbeitet werden kann.

Die Bewältigung der Krise belastet Kroatiens Verhältnis zu seinen Nachbarn schwer. Ungarns Entscheidung, die Grenze zu schließen, und die damit einhergehende Umleitung der Flüchtlingsroute nach Kroatien waren die Ursache diplomatischer Auseinandersetzungen. Die Errichtung eines Grenzzauns zu Kroatien durch Ungarn am 16. Oktober 2015 verschärfte die Situation. Trotz der anfänglichen Spannungen zwischen Kroatien und Slowenien, ausgelöst durch die slowenische Entscheidung, einen Stacheldrahtzaun an der gemeinsamen Grenze zu errichten, vertieften die beiden Länder ihre Zusammenarbeit in der Migrationskrise. Eine Priorität war für Kroatien der reibungslose Transport von Flüchtlingen zur österreichischen Grenze. Daher organisierte Kroatien als erstes Land staatlich finanzierte Transporte von Flüchtlingen. Als Reaktion führte Österreich im Februar 2016 Grenzkontrollen und tägliche Einreisequoten zur Regulierung der Flüchtlingszahlen ein. Dies produzierte einen Dominoeffekt entlang der Balkanroute, da die anderen Anrainer ebenfalls Grenzkontrollen und Quoten einführten. Mit Schließung der mazedonischen Grenze zu Griechenland und der gleichzeitig verabschiedeten EU-Türkei-Erklärung ist die Balkanroute nun praktisch geschlossen.

### **Weiterführende Literatur**

European Commission: Country Report Croatia 2016. Including an In-Depth Review on the prevention and correction of macroeconomic imbalances, SWD(2016) 80 final.

Senada Šelo Šabić/Sonja Boric: Croatia – An Expanding Learning Curve. In: Pertusot, V. (Ed.): The European Union in the Fog. Building Bridges between National Perspectives on the European Union. Final Report of the project “Building Bridges between National Perspectives on the European Union”, 2016, S. 33-39.

---

2 Senada Šelo Šabić/Sonja Boric: At the Gate of Europe. A Report on Refugees on the Western Balkans Route, Friedrich Ebert Stiftung and Dialog Südosteuropa, 2016.